Bund Deutscher Kriminalbeamter

Homofeindlicher Anschlag in Oslo - ein Angriff auf unsere freie Gesellschaft

27.06.2022

In der Nacht vom 25.06.22 wurden bei einem Anschlag auf einen queeren Nachtclub in Oslo zwei Menschen getötet und mindestens 21 Personen verletzt.

Der BDK verurteilt den mutmaßlich islamistisch motivierten Anschlag auf die LGBTIQ+- Community zutiefst und sieht auch für Deutschland eine zunehmende Gefährdung dieser, und das nicht nur aus dem islamistischen Spektrum.

Marina Hackenbroch, stellvertretende Bundesvorsitzende des BDK, findet hierzu deutliche Worte:

> *„Der Anschlag in Oslo ist ein Angriff auf alle vielfältigen, toleranten und offenen Gesellschaften und ist damit auch ein Angriff auf unsere Werte. Unsere Gedanken gelten den Opfern und Angehörigen dieses hinterhältigen und verabscheuungswürdigen Anschlags, der auch zeigt, dass die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Europa weiterhin real ist.“*

Auch in Deutschland ist die Gefahr für islamistisch motivierter Anschläge unverändert hoch. Polizei und Nachrichtendienste leisten immer noch Erhebliches, um islamistische Anschläge in Deutschland zu verhindern und die Werte unserer freien Gesellschaft zu schützen.

Davon abgesehen sieht sich die LGBTIQ+ Community in Deutschland zunehmend Übergriffen und Anfeindungen ausgesetzt. Die polizeilich registrierten Straftaten gegen LGBTIQ+ sind in den letzten Jahren in Deutschland stark gestiegen. Die Statistik zeigt, dass die Gefahr für LGBTIQ+ nicht nur aus dem islamistischen Spektrum droht, sondern dass Angriffe häufig auch rechtsextrem motiviert sind oder auch gar keine eindeutige politische Einstellung hinter den Übergriffen erkennbar ist.

Neben den registrierten Straftaten ist darüber hinaus von einem hohen Dunkelfeld auszugehen, da Betroffene aus verschiedenen Gründen oftmals keine Anzeige erstatten.

> *„Um die Anzeigebereitschaft insgesamt zu erhöhen, braucht es einen sensiblen und rücksichtsvollen Umgang mit Betroffenen von Hasskriminalität aus der queeren Community durch die Polizei. Hierfür müssen gezielte Aus- und Fortbildung und eine Sensibilisierung der Kolleginnen und Kollegen erfolgen. Darüber hinaus braucht es Maßnahmen, um das Misstrauen gegenüber der Polizei zu verringern. Hauptamtliche Ansprechpersonen für homo- oder transfeindliche Hasskriminalität oder ein regelmäßiger Austausch mit Vertreter:innen der Community könnten hier in meinen Augen einen wichtigen Beitrag leisten.“*

führt Marina Hackenbroch weiter aus.

Nach Auffassung des BDK darf Deutschland kein Land sein, in dem Menschen sich aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität fürchten müssen. Jegliche Form von Extremismus oder Menschenfeindlichkeit darf in unserer freien und offenen Gesellschaft keinen Platz haben!

Schlagwörter
Bund
Urheberrechte
Bildrechte: Cecilie Johnsen on Unsplash https://unsplash.com/photos/G8CxFhKuPDU
diesen Inhalt herunterladen: PDF